



iran-report

Nr. 08/2004

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Kongress der Moscharekat-Partei / Fünf Jahre Gefängnis und fünf Jahre Berufsverbot für Aghadjari / Neue Verbotswelle gegen Reformpresse / Justizchef Schahrudi für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt / Keine Demonstrationen zum Jahrestag der Studentenunruhen / Drei irakische Kurden öffentlich hingerichtet / Prozess um den Tod von Kazemi vorzeitig beendet / Hungerstreik politischer Gefangener / Parlament legalisiert Abtreibung

II. Wirtschaft

21 Milliarden Dollar Öleinnahmen für das laufende Jahr / Volkswagen plant siebzig neue Verkaufsstellen in Iran / Müssen Bewohner einiger Bezirke im Süden Teherans evakuiert werden? / Neuer Rekord bei iranischem Import

III. Außenpolitik

Iran und der 11. September / Rohani: „Iran ist nicht Irak“ / Verhandlungen mit EU-Staaten gescheitert / Mögliche Zusammenarbeit von Iran und Nordkorea beim Bau von Raketen / Iraks Verteidigungsminister bezeichnet Iran als „Hauptfeind“ / Gefechte an der iranisch-türkischen Grenze / Irans Verteidigungsminister droht mit Vergeltung / Kriegsbootstreit zwischen Iran und Großbritannien noch nicht beigelegt / Volksmodjahedin unter besonderem Schutz der USA / Erster persischsprachiger Fernsehsender in Deutschland



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 09/2004 Anfang September) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im August 2004

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

3. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Kongress der Moscharekat-Partei

Mit großer Spannung wurde in Iran der Kongress der Moscharekat-Partei, der größten Reformpartei des Landes, erwartet. Denn es war der erste Kongress der Partei nach den Parlamentswahlen. Man war neugierig zu erfahren, wie die Partei die gegenwärtige Lage einschätzt und welche Strategie sie für die nächste Zukunft hat. Rund achthundert Mitglieder und geladene Gäste, darunter auch Vertreter befreundeter Parteien aus dem Ausland, nahmen an dem Kongress teil. Bereits im Vorfeld hatten führende Mitglieder der Partei zu aktuellen Fragen öffentlich Stellung genommen. Dabei gingen die Meinungen zum Teil weit auseinander. Die Radikaleren vertraten die Ansicht, die Reformer müssten nach ihrer Niederlage ganz neue Wege gehen und statt Kompromisse mit den Rechten anzustreben, eine echte Opposition außerhalb der Staatsmacht bilden. Andere zogen es vor, die Politik der kleinen Schritte fortzusetzen.

Nun wurde die offizielle Politik der Partei auf dem Kongress durch ihren Vorsitzenden Mohammad Reza Chatami, Bruder des Staatspräsidenten, verkündet. „Wir wollen keine Revolutionäre sein, aber auch keine konservativen Reformer“, sagte Chatami. Nach dem achtjährigen Krieg gegen Irak (1980-1988) habe es in der politischen Landschaft Irans zwei Tendenzen gegeben: Während der Staat seine Macht ausbauen und alles unter seine Kontrolle bringen wollte, strebten vor allem Jugendliche nach Erneuerung, nach Freiheit, Gerechtigkeit und einem anderen Lebensstil. In dieser Lage sei es, um Gefahren von der gesamte Gesellschaft abzuwenden, notwendig gewesen, einen Mittelweg einzuschlagen, mit dem Ziel, einerseits die Staatsmacht zu bremsen und andererseits Utopien und radikale Forderungen mit der Realität in Einklang zu bringen. Die Moscharekat-Partei habe den Versuch unternommen, zwischen dem Staat und dem Volk Brücken zu bauen. Der Partei sei bewusst gewesen, dass die Übergangsphase von einem autoritären Staat zu einer freien, demokratischen Gesellschaft sehr lang und schwer sein werde. „Wir sind davon überzeugt, dass die iranische Gesellschaft dabei ist, eine Zukunft zu gebären, die völlig anders aussehen wird als die Gegenwart. Unser Anliegen

ist, zu verhindern, dass die Geburt einerseits durch Unruhe und Ungeduld und andererseits durch Schweigen und Friedhofsruhe ein verunstaltetes oder ein totgeborenes Kind hervorbringt.“

Iran habe keine andere Wahl als Demokratie und der beste Weg dahin seien Reformen, sagte Chatami. Ein großes Hindernis bilde dabei die Vorstellung jener Kräfte, die die Macht monopolisieren wollen. Seine Partei stehe zwischen zwei Fronten. Die eine Seite werfe ihr vor, sie habe bewusst oder unbewusst den Weg zu einem Umsturz geebnet, die andere Seite meine, die Partei habe durch ihre Teilnahme an der Staatsmacht undemokratische Handlungen legitimiert. „Wir werden unseren Weg zwischen den Fronten fortsetzen. Weder werden wir den Standpunkt jener Opposition einnehmen, die die einzige Rettung des Landes in einer grundlegenden Umwälzung unseres Staatssystems sieht, noch teilen wir die Meinung jener konservativen Reformer, die die Verhandlungen hinter den Kulissen, auch um den Preis, das Vertrauen des Volkes zu verlieren, fortsetzen wollen, in der Hoffnung, der Gegenseite gewisse Zugeständnisse abringen zu können. Unser Ziel ist die Fortsetzung der Reformen. Dabei müssen wir alle Möglichkeiten innerhalb des Staates und innerhalb der Gesellschaft einsetzen, um den Prozess der Demokratisierung friedlich und mit geringstem Preis vorantreiben zu können.“

Chatami äußerte sich auch zum Verhältnis von Religion und Staat, ohne dabei einen klaren Standpunkt zu beziehen. „Unserer Ansicht nach ist der religiöse Staat demokratisch, weil die Mehrheit der Muslime diesen Staat befürwortet“, sagte er. „Zugleich sind wir davon überzeugt, dass religiöse und politische Institutionen unabhängig sein müssen, was nicht mit der Trennung von Religion und Politik gleichzusetzen ist.“ Man müsse zwischen Religion und religiösen Institutionen unterscheiden. Für die Konservativen seien diese beiden Begriffe identisch, was dazu führe, dass sie die Institutionen für ihre politischen und parteipolitischen Ziele instrumentalisierten. Der Missbrauch religiöser Institutionen müsse untersagt werden. Wenn Geistliche sich politisch betätigen und eine eigene Partei gründen wollen, seien sie denselben Bedingungen unterworfen, wie andere Parteien.



Die Lage des Landes bezeichnete Chatami als höchst unbefriedigend. Bezüglich der jüngsten Parlamentwahlen, bei denen die Konservativen die absolute Mehrheit gewonnen haben, sagte er, „eine Gruppe, deren Drahtzieher ihr Gesicht nicht zeigen“, sei „ohne ein Konzept, mit ein paar Parolen, unter Verwendung öffentlicher Mittel und Missbrauch religiöser Institutionen wie eine politische Partei aufgetreten“ und habe ohne Konkurrenz den Sieg davongetragen. Dies sei ein „schwerer Schlag gegen die Demokratie“ gewesen.

Die erzwungene Zensur und Selbstzensur der Presse und das Verbot von Zeitungen, die der Reformbewegung nahe stehen, versperre den Weg zur Demokratie. Auch die Versammlungsfreiheit werde neuerdings durch Schlägertruppen stark eingeschränkt.

Es sei durchaus möglich, im Rahmen der Verfassung der Islamischen Republik zu einer demokratischen Gesellschaft zu gelangen, meinte Chatami. Vielleicht gäbe es auch andere Möglichkeiten, doch dieser Weg sei ein Weg, für den man den geringsten Preis zahlen wird. Man könne sogar die Verfassung reformieren. Wenn man aber diesen Weg versperre, entstehen zwangsläufig Konzepte und radikale Alternativen, die für das Land höchst gefährlich sein könnten.

Chatami kam auch auf die Außenpolitik zu sprechen und meinte, „Iran kann sich international nur dann behaupten, wenn es sich demokratisch entwickelt und wirtschaftlich stärkt. Mit Unterdrückung nach innen und dem Vokabular des Kalten Krieges nach außen werden wir niemals die für unser Land wichtige Akzeptanz bekommen.“

Iran habe sowohl kulturell als auch wirtschaftlich das Potenzial für Freiheit, sozialen Wohlstand und Demokratie, sagte Chatami abschließend. Der Weg zu diesem Ziel sei lang und voller Hindernissen. Doch seine Partei werde den Realitäten Rechnung tragen und jede Möglichkeit ergreifen, um den Prozess zu beschleunigen.

Die Rede Chatamis, die von der Partei als programmatisch bezeichnet wurde, war von Vorsicht und übereifrigem Pragmatismus geprägt. Noch vor wenigen Monaten konnte man weit radikalere Worte von Chatami vernehmen. Was er nun auf dem Kongress ankündigte, war im Grunde nichts anderes als die Wie-

derholung der Strategie der vergangenen Jahre, die die Reformbewegung in die Sackgasse geführt und die Rechten zu absoluter Macht verholfen hatte. Die Moscharekat-Partei scheint immer noch auf die Einsicht und Vernunft der Rechten zu setzen und ist offensichtlich nicht gewillt festzustellen, wie weit die Rechten schon in den wenigen Monaten nach ihrem manipulierten Sieg im Parlament die Reformen an den Rand gedrängt und das Wenige, was in den letzten Jahren erreicht wurde, wieder rückgängig gemacht haben. Es ist kaum vorstellbar, dass dieses nun von der Moscharekat-Partei verkündete Programm die enttäuschten Wähler aus ihrer Passivität herauslocken könnte.

Fünf Jahre Gefängnis und fünf Jahre Berufsverbot für Aghadjari

Hashem Aghadjari, Professor für Lehrerbildung und Mitglied der an der Regierung beteiligten Partei der Modjahedin der Islamischen Revolution, wurde von einem Teheraner Revisionsgericht zu fünf Jahren Gefängnis und anschließend fünf Jahren Berufsverbot verurteilt. Der Verteidiger Aghadjaris, Mohammad Saleh Nikbacht, bestätigte das Urteil, äußerte jedoch die Hoffnung, dass es durch die nächste Instanz aufgehoben werde.

Der Professor, der zu den führenden Köpfen der islamischen Reformbewegung gehört, wurde im Juli 2002 nach einem Vortrag vor Studenten in der westiranischen Stadt Hamedan über den „islamischen Protestantismus“ verhaftet. Er wurde von einem dortigen Richter wegen Gotteslästerung und Beleidigung des Propheten und der islamischen Geistlichkeit zum Tode verurteilt. Bei dem Vortrag hatte Aghadjari der herrschenden Geistlichkeit Willkür vorgeworfen und gemeint, die konservative Auffassung vom Islam, die diese Herrscher vertreten, widerspreche dem wahren Kern des Glaubens.

Anwalt Nikbacht sagte, Aghadjari, der sich seit zwei Jahren in Haft befindet, werde, wie er es mit dem Gericht vereinbart habe, bald gegen eine Kaution freigelassen.

Das neue Urteil wirft ein grelles Licht auf die iranische Justiz. Der gravierende Unterschied zwischen den beiden Urteilen, Todesstrafe und fünf Jahre Gefängnis, zeigt deutlich, dass die Urteile nicht auf Recht und Gesetz



basieren, sondern politisch motiviert sind.

Das Todesurteil gegen Aghadjari hatte zu Studentenunruhen und massiven Protesten im In- und Ausland geführt, soweit, dass Revolutionsführer Ali Chamenei sich gezwungen sah, die Überprüfung des Urteils zu veranlassen. Auch Staatspräsident Mohammad Chatami meinte, das Urteil sei ungerecht und für kaum jemanden nachvollziehbar. Die Justiz befand sich im Zugzwang. Sie hoffte durch eine Verzögerungstaktik die Brisanz des Falls entschärfen zu können. Doch auch nach zwei Jahren blieb der Fall aktuell. So ließ der Staatsanwalt von vornherein die wichtigsten Vorwürfe (Gotteslästerung, Beleidigung des Propheten sowie Aufruhrstiftung) fallen. Es ging nur noch um die Beleidigung der Geistlichkeit.

Aghadjari erkennt das Urteil nicht an und hat Widerspruch eingelegt. Nach Meinung politischer Beobachter wird die Justiz den Fall wieder auf die lange Bank schieben. Sollte sich das Gericht an die Vereinbarung mit dem Verteidiger halten, wird Aghadjari freikommen. Doch über ihn wird noch für lange Jahre das Damoklesschwert des Gerichts schweben.

Unmittelbar vor Redaktionsschluss kam die Nachricht, dass Aghadjari gegen eine Kaution von umgerechnet 95.000 Euro aus dem Gefängnis entlassen worden ist. Er erklärte vor wartenden Journalisten, er werde gegen das Urteil, das ihm für die nächsten fünf Jahre Berufs- und Schreibverbot auferlegte, Widerspruch einlegen.

Neue Verbotswelle gegen Reformpresse

Ermutigt durch den Sieg bei den Parlamentswahlen scheinen die Konservativen entschlossen, erneut gegen Zeitungen und Zeitschriften, die die Reformbewegung repräsentieren, vorzugehen. Zunächst wurde die Zeitschrift Aftab, die bei den Diskussionen über Reformen und Demokratie insbesondere im religiösen Bereich führend ist, verboten. Dann folgten die beiden Zeitungen „Waghaje-e Ettefaghieh“ und „Djomhuriat“. „Waghaje- Ettefaghieh“ wurde laut einer Meldung der Nachrichtenagentur IRNA Verbreitung staatsfeindlicher Propaganda, Beleidigung der Staatsführung sowie Verbreitung von Unwahrheiten zwecks Störung der öffentlichen Ordnung vorgeworfen. Für die Schlie-

Bung von „Djomhuriat“ wurde bisher kein Grund genannt.

Kultusminister Ahmad Masdjed Djamei äußerte sein Bedauern über die Zeitungsverbote. Die Zeitung „Waghaje-e Ettefaghieh“ sei ohne jegliche Vorwarnung verboten worden, sagte der Minister. Die Presse brauche Sicherheit und Stabilität, sie müsse sich auf bestehende Gesetze verlassen können.

150 Journalisten reagierten auf die Verbote mit einem Offenen Brief an das Arbeitsministerium und Kultusministerium. „Jedes Mal, wenn eine Zeitung verboten wird, tragen die Mitglieder der Redaktion und der Technik den größten Schaden davon“ heißt es in dem Brief. „Die ständigen Verbote der letzten Jahre haben die Möglichkeiten der Berufsausübung für Journalisten so sehr eingeschränkt, dass viele von ihnen ihren Beruf aufgeben mussten. Wir reden hier nicht vom Recht auf freie Meinungsäußerung. Wir reden vom Recht der freien Berufswahl, einem natürlichen Recht, das zu den elementaren Menschenrechten gehört.“

Die Häufung der Zeitungsverbote sei gleichzusetzen mit der Aufhebung des Rechts der freien Berufswahl bzw. der Berufssicherheit für Journalisten, schreiben die Unterzeichner. Sie weisen auf § 28 der Verfassung der Islamischen Republik. Darin werde ausdrücklich betont, dass jeder das Recht habe, einen Beruf zu wählen, der sich nicht gegen den Islam und die Interessen der Allgemeinheit richtet. Die Regierung sei verpflichtet, dieses Recht und die Ausübung der Tätigkeit zu sichern.

Die Journalisten fordern die Regierung auf, dieser Pflicht nachzukommen und den Berufstand vor dem sich abzeichnenden Untergang zu retten.

Auch der Verein zur Verteidigung der Pressefreiheit protestierte in einer in Teheran veröffentlichten Erklärung gegen die Zeitungsverbote. „Die Zeitungsverbote, die im Vorfeld des Prozesses um den Tod der iranisch-kanadischen Journalistin Zahra Kazemi erfolgten, setzten die Kette der Angriffe gegen die Pressefreiheit fort“, heißt es in der Erklärung. Die häufigen Zeitungsverbote, die Verfolgung von Journalisten und die „Filterung“ von Internetdiensten würden auf eine Strategie deuten, die die vollständige



Ausrottung der freien Presse zum Ziel habe.

Justizchef Schahrudi für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt

Revolutionsführer Ali Chamenei hat die Amtszeit von Justizchef Schahrudi um weitere fünf Jahre verlängert. Er würdigte die „großen Leistungen“ Schahrudis in den vergangenen fünf Jahren und bezeichnete den Justizchef als „weise, belesen und intellektuell“. Ungeachtet der Tatsache, dass die iranische Justiz gerade während der Amtszeit Schahrudis im In- und Ausland der Willkür bezichtigt wurde, nachweislich in zahlreichen Fällen Gesetz und Recht missachtete und seitens der Konservativen und Fundamentalisten stets als Machtinstrument gegen Reformen, Kritiker und Dissidenten eingesetzt wurde, meinte der Revolutionsführer, die Justiz habe unter der Führung Schahrudis „wertvolle“ Arbeit geleistet und „große Hoffnungen erweckt“.

Als Scharudi vor fünf Jahren zum Justizchef ernannt wurde, meinte er, die Justiz gleiche einer „Ruine“, die neu aufgebaut werden müsse. Doch nach Meinung der Kritiker hat sich die Lage der Justiz merklich verschlechtert. Während der Amtszeit Schahrudis wurden mehr als hundert Zeitungen und Zeitschriften verboten. Zahlreiche Journalisten wurden zu längeren Haftstrafen verurteilt. In den iranischen Gefängnissen wurde nachweislich gefoltert. Mehrere Abgeordnete der Reformfraktion wurden wegen ihrer kritischen Äußerungen im Parlament juristisch verfolgt. Die Justiz hat es unterlassen, die Attentäter bei den als „Kettenmorde“ bekannt gewordenen politischen Attentaten zu verfolgen. Statt unabhängig zu sein, handelte die Justiz politisch.

Die Kritik an der Justiz bezog sich nicht allein auf politische Verfolgungen, sondern ebenso auf die Behandlung normaler Fälle, bei denen die Urteile oft willkürlich und nach Gutdünken des jeweiligen Richters gefällt wurden. Äußerst zurückhaltend zeigte sich die Justiz im Bereich der Wirtschaftskriminalität, vor allem dort, wo führende Konservative die Hand mit im Spiel hatten. Es ist in Iran allgemein bekannt, dass viele Söhne einflussreicher Machthaber zu enormem Reichtum gelangt sind, die aber nie nach der Quelle ihres Reichtums befragt wurden. Allgemein wird die Justiz als bürokratisch,

schwerfällig und als eine Instanz beurteilt, in der Korruption und Amtsmissbrauch Gang und Gäbe sind.

Es gibt lediglich zwei Positive Schritte, die im vergangenen bzw. in diesem Jahr erfolgt sind. Zum einen wurde die Bestrafung durch Steinigung offiziell vorläufig außer Kraft gesetzt. Zum anderen hat Schahrudi durch ein Rundschreiben Folterungen an Gefangenen, Untersuchungshäftlingen und bei Verhören untersagt. Es wurden jedoch immer wieder Fälle bekannt, die zeigen, dass diese Anweisungen in der Praxis nicht befolgt werden.

Da der Chef der Justiz nicht demokratisch gewählt, sondern vom Revolutionsführer ernannt wird, liegt die Verantwortung für ausgeübte Willkür bzw. für die Missachtung der Rechte und Gesetze letztendlich beim Revolutionsführer. Aber der Revolutionsführer kann nicht zur Rechenschaft gezogen werden, weil auch er nicht vom Volk gewählt worden ist. Laut dem System des Welajat-e faghieh (absolute Herrschaft der Geistlichkeit) ist er mit unbegrenzter Macht ausgestattet und über Recht und Gesetz erhaben. Die Verlängerung der Amtszeit Schahrudis lässt die Befürchtung zu, dass die bisherige Praxis auch in Zukunft fortgesetzt wird.

Keine Demonstrationen zum Jahrestag der Studentenunruhen

Sämtliche Anträge studentischer Gruppen, zum fünften Jahrestag der Studentenunruhen am 8. Juli Demonstrationen veranstalten zu dürfen, wurden abgelehnt. Schon Tage zuvor standen die Hauptstadt Teheran und andere Großstädte unter verstärkter Kontrolle der Revolutionswächter und Ordnungskräfte.

Die Studentenunruhen vom 8. Juli 1999 bilden bislang die größten Unruhen seit Bestehen der Islamischen Republik. Sie begannen mit einem nächtlichen Überfall von Schlägertruppen auf ein Studentenheim, bei dem zahlreiche Studenten zum Teil schwer verletzt wurden. Zuvor hatten die Studenten gegen das Verbot der liberalen Tageszeitung „Salam“ protestiert. Bei den Unruhen wurde ein Student getötet, hunderte Studenten wurden festgenommen. Einige von ihnen befinden sich immer noch in Haft. Demgegenüber sind die Täter bis heute nicht gefasst, obwohl sie zum Teil bekannt sind.



Nach Meinung von Amir Pakzad, Vorstandsmitglied der Studentenorganisation „Tahkim Wahdat“, sollten mit dem massiven Angriff, der im Auftrag der Konservativen erfolgt war, studentische Aktivisten hinter Schloss und Riegel gebracht und damit den Aktivitäten der Studenten zur Unterstützung der Reformbewegung ein Ende gesetzt werden.

Tatsächlich hat sich die iranische Studentenbewegung bis heute von diesem Schlag nicht erholt. Zwar gab es in den folgenden Jahren Studentenunruhen und Demonstrationen, aber gleichzeitig auch Spaltungen und Resignationserrscheinungen, die natürlich auch auf die politische Entwicklung der letzten Jahre, insbesondere auf das Scheitern von Chatamis Reformversuchen zurück zu führen sind. Zurzeit gibt es unter politisch engagierten Studenten ganz unterschiedliche Strömungen. Ein Teil der Studenten vertritt die Ansicht, dass es der Bewegung an theoretischer und politischer Bildung fehle. Diese Gruppe hat eine ganze Reihe von Seminaren und Tagungen geplant und dazu auch Politiker und Experten eingeladen. Die angesetzten Themen drehen sich hauptsächlich um die Frage, wie die iranische Gesellschaft zur Demokratie gelangen könnte und welche Rolle Studenten dabei spielen sollten.

Eine andere Gruppe hat sich vorgenommen, sich mehr mit studentischen Angelegenheiten zu beschäftigen und eigene Rechte und Interessen durchzusetzen. Eine dritte Gruppe hat die Absicht, die Studentenbewegung unabhängig vom Staat und bürgernah zu organisieren. Dabei sollen möglichst alle Strömungen einbezogen werden. Nach Meinung der Initiatoren soll die Studentenbewegung pluralistisch und ideologiefrei sein und sich an Menschenrechten und demokratischen Grundsätzen orientieren. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Gründung eines Studentenparlaments geplant.

Insgesamt herrscht unter den Studenten Einigkeit darüber, dass die allzu enge Zusammenarbeit mit den Reformern in der Regierung bzw. im Parlament die eigenständige Entwicklung der Studentenbewegung beeinträchtigt habe. Oft sei die Bewegung von den Reformern politisch instrumentalisiert worden. Zudem hätten die Reformen im Staat es unterlassen, der Studentenbewegung in schwierigen Situationen, wie zum Beispiel bei den Unruhen vor fünf Jahren,

beizustehen. Allgemein betrachtet, scheinen die Studenten auf der Suche nach neuen Wegen zu sein. Die Frage ist, ob es bei dieser Suche gelingen wird, wieder eine Einheit unter den Studenten herzustellen und noch wichtiger, jene zahlreichen Studenten, die ihr politisches Engagement aufgegeben haben, wieder zu mobilisieren. Die Studenten werden auch, nachdem die erlangenen Freiräume der letzten Jahre nun durch die absolute Macht der Konservativen stark eingeschränkt werden, neue Wege finden müssen, trotz massiver Unterdrückung ihren Kampf fortzusetzen.

Drei irakische Kurden öffentlich hingerichtet

Nach einem Bericht der Zeitung „Kods“ wurden drei irakische Kurden in Iran öffentlich hingerichtet. Den Männern wurde Diebstahl, Vergewaltigung und Schutzgelderpressung vorgeworfen. Die Hinrichtung habe in der Stadt Ghazwin, etwa 200 Kilometer nördlich von Teheran stattgefunden. In Iran können Mord, bewaffneter Raub, Vergewaltigung und Drogenhandel mit mehr als fünf Kilogramm Opium mit dem Tod bestraft werden.

Prozess um den Tod von Kazemi vorzeitig beendet

Überraschend wurde der am 17. Juli wieder aufgenommene Prozess um den Tod der iranisch-kanadischen Fotoreporterin Zahra Kazemi schon am zweiten Tag für beendet erklärt. Während am ersten Prozesstag ausländische Diplomaten und Journalisten als Beobachter der Verhandlung beiwohnen durften, tagte das Gericht am zweiten Tag unter Ausschluss sämtlicher ausländischer Beobachter. Unter den abgewiesenen Diplomaten, die zwei Stunden lang vergeblich auf Einlass warteten, befanden sich der Botschafter Kanadas, Philip Mackinnon, sein niederländischer Kollege Hein De Vries sowie Botschaftsvertreter Frankreichs und Großbritanniens. Die Abweisung solle der Außenwelt mitteilen, dass Iran sich von niemandem unter Druck setzen lasse, sagte Richter Farahani. Kanada hatte im Vorfeld des Prozesses mit weittragenden Konsequenzen gedroht, sollte der Mordfall nicht vollständig aufgeklärt werden.



Die 54-jährige Journalistin und gebürtige Iranerin, Zahra Kazemi, lebte seit längeren Jahren in Kanada und war dort eingebürgert. Sie war Mitte Juni vergangenen Jahres aus Anlass der damaligen Studentenunruhen nach Iran gereist. Am 23. Juni 2003 wurde sie, während sie Angehörige von Gefangenen fotografierte, vor dem Teheraner Evin-Gefängnis wegen angeblicher Spionagetätigkeit festgenommen. Drei Wochen später erlag sie im Krankenhaus ihren Hirnblutungen.

Unmittelbar nach dem Tod der Fotoreporterin hieß es in einer Presseerklärung des Kultusministeriums, das für ausländische Journalisten zuständig ist, Kazemi sei infolge eines Schlaganfalls gestorben. Wie sich später herausstellte, hatte der berühmte Teheraner Staatsanwalt Said Mortazawi, der zuvor als Richter zahlreiche Zeitungen verboten und Journalisten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt hatte, einen ahnungslosen Staatssekretär im Kultusministerium zu der Presseerklärung gedrängt. Doch die Nachforschungen einer von Präsident Chataami eingesetzten Untersuchungskommission ergaben, dass die Fotoreporterin infolge eines schweren Schädelbruchs und Hirnblutungen gestorben war. Die Unterlagen wurden der Justiz übergeben. Die erste Gerichtsverhandlung im Oktober vergangenen Jahres führte zu keinem Ergebnis. Nun wurde trotz bekannter Vertuschungsversuche des Staatsanwalts Mortazawi und trotz starker Indizien, die auf nachgewiesenen Misshandlungen beim Verhör in der Staatsanwaltschaft deuten, ein Angestellter des Informationsministeriums namens Mohammad Reza Ahmadi auf die Anklagebank gesetzt.

Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi, die die Familie des Opfers vertritt, bezeichnete Ahmadi als „Sündenbock“. Sie zitierte Augenzeugen, denen zufolge der Justizbeamte Mohammad Bachschi Kazemi auf den Kopf schlug. Dabei sei sie zu Boden gefallen und habe nicht mehr laufen können. Ebadi wies nach, dass die Staatsanwaltschaft Akten manipuliert und Zeugen zum Widderrufen ihrer Aussagen gezwungen hatte.

Der Angeklagte Ahmadi beteuerte seine Unschuld. Auch Regierungssprecher Abdollah Ramezanzadeh erklärte: „Sowohl die Regierung als auch das Informationsministerium sind davon überzeugt, dass den Angestellten des Ministeriums

keine Schuld trifft. Wir hoffen, dass das Gericht den wahren Täter der Öffentlichkeit im In- und Ausland präsentiert.“

In den zwei Prozesstagen erwies die Prozessakte so viele Lücken und Mängel, dass der Richter es offenbar vorzog, den Prozess zu beenden, statt die Peinlichkeit fortzusetzen. Weder die Anwälte des Opfers noch der Anwalt des Angeklagten kamen ausreichend zu Wort. Es gab auch keine Schlussplädoyers.

Die Anwälte des Opfers sowie der Anwalt des Angeklagten protestierten gegen den Abbruch des Prozesses. „Dieses Gericht ist inakzeptabel“, sagte Ebadi den vor dem Gerichtsgebäude versammelten Journalisten. Kanada berief unmittelbar nach dem Prozessende seinen Botschafter aus Teheran ab. Kanadas Außenminister, Pierre Pettigrew, sagte, das Verfahren habe keine Fragen nach den Todesumständen beantwortet und verhindert, dass die wahren Verantwortlichen für Kazemis Tod zur Rechenschaft gezogen werden. Er rief die Behörden in Teheran zur umfassenden Aufklärung der Hintergründe von Kazemis Tod auf. Gleichzeitig drohte er mit Reaktionen seiner Regierung: Kanada prüfe noch „seine Option“, sagte der Minister.

Kazemis Sohn, Stephan Hachemi, der in Kanada lebt, bezeichnete die Reaktion der kanadischen Regierung als „empörend“. Er forderte die Ausweisung des iranischen Botschafters. Die Regierung solle sich ferner an die EU wenden, um den politischen Druck auf Teheran zu erhöhen.

Die Niederlande, die zurzeit die turnusmäßige Führung des Europarates innehaben, protestierten gegen den vorzeitigen Abbruch der Verhandlung. Die Art der Prozessführung sowie die Dauer der Verhandlung geben zu der Befürchtung Anlass, dass es dem Gericht nicht gelingen werde, ein gerechtes Urteil zu fällen, hieß es in der Erklärung des Europarats.

Eine Woche nach Abschluss der Verhandlung verkündete das Gericht sein Urteil. Der Angeklagte Ahmadi wurde freigesprochen. Da er der einzige Angeklagte gewesen sei, werde nun die Akte Kazemi geschlossen, erklärte der Richter. Das „Blutgeld“ werde aus der Staatskasse bezahlt. Das sind etwa 18.000 Dollar.



Die Absurdität der islamischen Gerichtsbarkeit kennt keine Grenzen. Die wahren Täter, die wohl bekannt sind, werden geschont, dem Gericht wird ein Unschuldiger präsentiert, und da ihm keine Schuld nachgewiesen werden kann, wird er freigesprochen und die Mordakte geschlossen. Es gab also keinen Mord und keinen Schuldigen. Damit glaubt die Justiz sich dieses lästigen Falls entledigt zu haben.

Indes erklärte Nobelpreisträgerin Ebadi, sie werde weiterhin daran arbeiten, dass ihrer Mandantin Gerechtigkeit widerfahre und sie werde gegebenenfalls internationale Organisationen einschalten. Hätte das Gericht die von ihr benannten Zeugen vorgeladen, „hätte es die Leute, die den Mord begangen haben, genau ermitteln können“, sagte sie

Hungerstreik politischer Gefangener

Rund fünfzehn politische Gefangene, darunter der bekannte Anwalt Nasser Zarafshan, sind im Teheraner Evin-Gefängnis in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Sie fordern die Verfolgung der Täter, die vor fünf Jahren ein Studentenheim überfielen. Bei dem Überfall, der zu großen Studentenunruhen führte, wurden zahlreiche Studenten verletzt. Es gab auch ein Todesopfer. Ferner verlangen die Streikenden, dass die Familien zweier Häftlinge, die aus ihren Häusern vertrieben wurden, wieder nach Hause zurückkehren können.

Die Gefängnisleitung hatte zunächst versucht, keine Informationen über den Streik nach außen dringen zu lassen. Als der Streik aber doch bekannt wurde, versuchte man widersprüchliche Gerüchte im Umlauf zu bringen und die Streikenden zu denunzieren. Inzwischen haben zahlreiche Organisationen im In- und Ausland sich mit den Streikenden solidarisiert. Auch einige Abgeordnete des Europaparlaments haben in einer Erklärung ihre Sorge um das Wohl der Streikenden zum Ausdruck gebracht und internationale Menschenrechtsorganisationen aufgefordert, sich für die Forderungen der Protestierenden einzusetzen. Nach drei Wochen wurde der Streik ohne konkrete Ergebnisse beendet.

Parlament legalisiert Abtreibung

Das mehrheitlich von Konservativen besetzte islamische Parlament hat einem Gesetzesentwurf zur eingeschränkten Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen zugestimmt. Demnach sollen Abtreibungen in den Frühphasen der Schwangerschaft erlaubt sein, wenn das Leben der Mutter gefährdet oder das Embryo missgebildet ist.

„Abtreibungen sind nicht zulässig, sobald der Fötus eine Seele hat, selbst wenn das Leben der Mutter gefährdet oder der Fötus behindert ist“, heißt es in der Erläuterung. Gemäß dem islamischen Glauben empfangt ein Kind 17 Wochen nach der Befruchtung eine Seele. Das Gesetz bedarf noch der Zustimmung des Wächterrats, bevor es in Kraft treten kann. Da die Abgeordneten auf eine entsprechende religiöse Anordnung des Revolutionsführers, Ali Chamenei, aus dem Jahre 1999 verwiesen haben, wird allgemein angenommen, dass auch der Wächterrat dem Gesetz zustimmen wird.



II. Wirtschaft

21 Milliarden Dollar Öleinnahmen für das laufende Jahr

Laut Einschätzung des Ölministers Bijan Namdar Zangeneh werden Irans Einnahmen aus dem Öllexport im laufenden Jahr die Summe von 21 Milliarden Dollar erreichen. Zangeneh erklärte am Rande der Internationalen Messe für Öl-, Gas- und petrochemische Industrie gegenüber der Presse, die Lage auf dem internationalen Ölmarkt sei dabei, sich zu Zufriedenheit aller Seiten allmählich zu beruhigen. „Wir haben nicht die Absicht, unsere Kunden zu quälen“, sagte er. Die Anschläge auf die Ölquellen im Irak, die zur Reduzierung des irakischen Ölexports führen könnten, hätten keinen Einfluss auf die internationalen Ölpreise; der Markt habe die Schwankungen des irakischen Ölexports einkalkuliert. Die Mehreinnahmen, die Iran aus dem Öllexport erzielen werde, würden dem Volk zugute kommen.

Staatspräsident Mohammad Chatami, der ebenfalls die Messe besuchte, sagte: „Ob wir wollen oder nicht, das Öl wird auch in Zukunft für das Schicksal unserer Wirtschaft eine entscheidende Rolle spielen“. Auch er bestätigte, dass die Staatseinnahmen aus dem Öllexport die Erwartungen übertreffen. Dadurch erfahre das iranische Nationaleinkommen eine erhebliche Steigerung. Chatami äußerte die Hoffnung, dass es Iran gelingen werde, in den nächsten zehn Jahren ausländische Unternehmen dazu zu bewegen, für 100 Milliarden Dollar in die iranische Öl- und Gasindustrie zu investieren. Er kündigte ferner an, dass sich auch inländische Unternehmen in diesem Bereich engagieren werden: Etwa 60 Prozent des technischen Bedarfs sowie des Bedarfs an Dienstleistungen sollen durch inländische Unternehmen gedeckt werden.

An der diesjährigen Messe haben 1100 ausländische und inländische Firmen teilgenommen.

Volkswagen plant siebzig neue Verkaufsstellen in Iran

Wie die Nachrichtenagentur ISNA berichtet, plant der Volkswagenkonzern, gemeinsam mit einer iranischen Firma ein Montagewerk für den Bau eigener Modelle in Iran zu errichten. Das Werk soll in der Stadt Bam errichtet wer-

den. Laut Angaben des Konzerns werde bereits im laufenden Jahr mit der Produktion begonnen. Geplant sei zunächst die Produktion von 20.000 Fahrzeugen des Modells „Golf“. Andere Modelle sollen im nächsten Jahr folgen. Die Bausätze dafür sollen aus Brasilien nach Iran geliefert werden.

Zum Verkauf der Produkte sollen im ganzen Land siebzig Verkaufsstellen errichtet werden. Nach Meinung des Volkswagenkonzerns verfügt der iranische Auto-Markt über ein hohes Potenzial. Der Absatz von Personenwagen sei in den Jahren 1999 bis 2003 um 147 Prozent gestiegen. Zurzeit bestehe ein Bedarf von einer Million Fahrzeugen, der jedoch aufgrund fehlender Kapazitäten in dem geschlossenen Markt nicht gedeckt werden könne. Zudem seien über 50 Prozent des aktuellen Bestands älter als 25 Jahre. Die Fahrzeugdichte sei allerdings mit 55 Autos auf 1.000 Einwohner relativ gering.

Müssen Bewohner einiger Bezirke im Süden Teherans evakuiert werden?

Weite Gebiete um die Ölraffinerie im Süden Teherans sind stark verseucht. Das Amt für Umweltschutz erwägt die Evakuierung der Bevölkerung aus den betroffenen Bezirken. Das Ölministerium, das der Gesellschaft für Abwasser und Trinkwasserversorgung rund 30 Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat, damit die Bewohner mit sauberem Trinkwasser versorgt werden, behauptet, die Verseuchung stamme aus der Zeit des iranisch-irakischen Krieges (1980-1988).

Bereits vor sechs Monaten wurde in den betreffenden Bezirken über Ölverseuchung des Wassers, das für die Landwirtschaft verwendet wurde, geklagt. Proben vom Umweltamt bestätigten dies. Nun scheint auch das Trinkwasser verseucht zu sein. Die Quelle der Verseuchung ist bislang nicht festgestellt. Neben der Raffinerie befindet sich in diesem Stadtteil das größte Öllager Irans, das vor dreißig Jahren gebaut wurde. Außerdem laufen durch dieses Gebiet die größten Ölpipelines des Landes. Daher ist die Quelle der Verseuchung schwer festzustellen. Wie das Umweltamt bekannt gab, müssen dafür wahrscheinlich ausländische Experten herbeigerufen werden.

Neuer Rekord bei iranischem Import

Die in Teheran erscheinende Tageszeitung „Schargh“ widmete in ihrer Ausgabe vom 13. Juli dem iranischen Import einen Leitartikel, dessen Inhalt wir hier gekürzt wiedergeben. Die neue Lawine von ausländischen Waren auf den iranischen Markt habe eine Zügellosigkeit erreicht, die für die Regierung eine ernste Warnung darstellen sollte, schreibt die Zeitung. Iran habe in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres (Jahresbeginn 21. März) einen Warenimport im Wert von 7,6 Milliarden Dollar und damit einen neuen Rekord erreicht. Somit werde der Gesamtimport im laufenden Jahr voraussichtlich rund 32 Milliarden Dollar betragen. Der Export (außer Öl) hingegen stehe mit 1,4 Milliarden in den drei Monaten und 5 bis 6 Milliarden im Jahr weit dahinter.

Dieses Missverhältnis werde sich trotz des beabsichtigten Ausbaus der Schwerindustrie und der petrochemischen Industrie vermutlich nie überbrücken lassen. Im Gegenteil, die Devisenpolitik der Regierung habe das Missverhältnis weiter verstärkt. Denn die Großzügigkeit, die die Regierung vor allem nach dem Anstieg der Ölpreise bzw. der Deviseneinnahmen an den Tag lege, schade der einheimischen Produktion, während sie zur rapiden Anstieg des Imports führe.

Die Rechnung sei einfach, schreibt Schargh. Iran habe seit dem Jahr 1999 eine Inflationsrate von durchschnittlich 15 Prozent zu verzeichnen, das heißt die Kaufkraft der iranischen Währung habe einen Wertminderung von jährlich 15 Prozent. Für die Unternehmer bedeute dies, dass Rohmaterial, Lohn- und Betriebskosten jedes Jahr teurer werden. Würden die kontinuierlich ansteigenden Preise auch im selben Maße für Devisen gelten, hätten Importeure und Exporteure den gleichen Stand und die gleichen Chancen auf dem Markt. Das sei aber nicht der Fall. 1999 habe ein US-Dollar 8000 Rial entsprochen. Nach fünf Jahren sei jedoch der Preis eines Dollars um lediglich zehn Prozent gestiegen. Das sei ein Nachteil für die Inlandsproduktion. Denn während im Laufe von fünf Jahren die Herstellungskosten im Inland um rund 70 Prozent zugenommen haben, ist der Preis für Importgüter um 10 Prozent gestiegen. Der inländische Unternehmer müßte demzufolge seine Produktionskosten um 60 Prozent senken, um

mit ausländischen Waren konkurrieren zu können. Kein Wunder, dass die Zahl der Unternehmen im Inland, die Konkurs melden, weiter zunimmt, während der Markt von ausländischen Waren überschwemmt worden ist. Nahezu alle importierten Güter sind billiger als ähnliche Produkte, die im Inland hergestellt werden.

Mag sein, dass diese Entwicklung zurzeit für die meisten Konsumenten angenehm ist und die Vielfalt der Angebote auf dem Markt den Anschein des allgemeinen Wohlstands erweckt. Doch hinter dieser Fassade steckt eine kranke Wirtschaft. Mit Recht fragt Schargh: „Was geschieht, wenn Irak demnächst mit 3 Millionen Barrel Öl am Tag auf den Markt tritt, der Ölpreis auf dem internationalen Markt fällt und die Öleinnahmen Irans sinken?“



III. Außenpolitik

Iran und der 11. September

Die US-Kommission zur Untersuchung der Terroranschläge vom 11. September 2001 hat in ihrem nun vorgelegten 500 Seiten Bericht auf Verbindungen der iranischen Regierung mit den Attentätern vom 11. September hingewiesen. Bereits vor der Veröffentlichung bezeichneten einige amerikanische Zeitungen gerade diesen Teil des Berichts als „explosiv“. Das US-Magazin „Time“ berichtete, mehrere der 19 Attentäter seien in den Monaten vor den Anschlägen in Iran gewesen. Nach dem Anschlag auf das US-Schiff „USS Cole“ vor Jemen im Oktober 2000 soll Teheran der Al-Kaida-Führung eine Zusammenarbeit angeboten haben. Doch Al-Kaida-Chef Osama bin Laden habe das Angebot ausgeschlagen, um Sympathisanten in Saudi-Arabien nicht zu vergraulen. Die Regierung in Teheran habe ihre Grenzposten im Oktober 2000 angewiesen, Al-Kaida-Mitglieder ohne Kontrolle passieren zu lassen. Tatsächlich seien mehrere spätere Flugzeugentführer unbehelligt durch Iran gereist.

Der Bericht der Kommission beruhe auf Informationen, die erst vor kurzem ans Licht gekommen seien, insbesondere bei Verhören von Gefangenen und durch mitgehörte Gespräche zwischen mutmaßlichen Terroristen, schreibt die Zeitung. Es gebe allerdings keine Hinweise, dass Teheran von dem Anschlag auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington vorab Kenntnis hatte. Das bestätigte auch der amtierende Direktor des US-Geheimdienstes CIA, John MacLaughlin. Seinen Angaben zufolge waren acht der neunzehn Attentäter in Iran.

US-Präsident George W. Bush lässt nun untersuchen, inwieweit Iran in die Terroranschläge vom 11. September verwickelt sein könnte. Seine Regierung arbeite sich durch die Fakten, um herauszufinden, ob es eine solche Verbindung gebe, sagte Bush.

Indes nahm das US-Außenamt zu den amerikanisch-iranischen Beziehung Stellung. Es gebe einige „ernste“ Probleme, die gelöst werden müssten, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern, sagte Außenamtssprecher Richard Boucher in Washington. Die US-Regierung habe „große Sorgen“ wegen der iranischen Unterstützung für Terrorismus, wegen der Bemü-

hungen um Massenvernichtungswaffen und der „erschreckenden“ Menschenrechtslage in Iran gehabt. „Ich muss sagen, wenn man die letzten zwei Jahre oder mehr betrachtet, sind unsere Sorgen nicht geringer geworden“, fügte Boucher hinzu.

Washington habe grundsätzlich nichts gegen Gespräche mit Teheran einzuwenden, sagte der Außenamtssprecher. Die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern waren 1979 im Zuge der Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger in Teheran abgebrochen worden.

Nach Ansicht einer Washingtoner „Denkfabrik“ sollten die USA ihre Iran-Politik revidieren. Anstatt auf einen hypothetischen Zusammenbruch der iranischen Führung in Teheran zu warten, sollte sich die US-Regierung eher zu einer Politik des „aktiven Dialogs“ umorientieren, hieß es in einem im Juli in Washington veröffentlichten Bericht des Rats für Auswärtige Beziehungen (CFR). Angesichts der derzeitigen Bedenken sei es ratsam, dass die USA sich mit der aktuellen Teheraner Führung auseinandersetzen. Die Islamische Republik Iran scheine auf festem Boden zu stehen, das Land sei nicht „am Rand eines revolutionären Umsturzes“.

Teheran hat die neuen Vorwürfe aus Washington scharf zurückgewiesen. Möglicherweise sei jedoch die Einreise einiger Al-Kaida-Mitglieder in Iran unerkannt geblieben, räumte ein Sprecher des iranischen Außenministeriums ein. Iran habe zahlreiche einheimische Anhänger Bin Ladens festgenommen, sagte Informationsminister Ali Junesi in einem Fernsehinterview. Seine Mitarbeiter hätten „alle iranischen Ableger der Al-Kaida-Bewegung identifiziert und zerschlagen“. „Wenn wir es nicht gemacht hätten, hätten wir Probleme mit der Sicherheit gehabt.“

Ex-Staatspräsident Hashemi Rafsandjani sagte beim öffentlichen Freitagsgebet, der Vorwurf Washingtons sei absurd. Man könne Iran nicht Zusammenarbeit mit Al-Kaida-Terroristen vorwerfen, nur weil einige von ihnen möglicherweise durch Iran gereist seien, um in die USA zu gelangen. Demnach müsste man denselben Vorwurf gegen alle Länder richten, durch die die Terroristen gereist seien, natürlich auch gegen die USA. Denn auch dort seien sie schließlich unbemerkt von den Kon-



trollorganen eingereist und hätten die Terroranschläge ausgeführt.

Vizepräsident Mohammad Ali Abtahi sagte, die neuen Vorwürfe der USA gegen Iran fassen wir als „Vorbereitung zu einem militärischen Angriff gegen unser Land“ auf. „Aber wir sind wachsam genug, um auf jede Handlung entsprechend zu reagieren. Wir werden etwaige Angriffe mit entsprechender Härte zurückschlagen.“

Der Vorwurf sei nichts als Propaganda, fuhr Abtahi fort. „Denn unser Kampf gegen den Terrorismus ist ernst. Das zeigt die Tatsache, dass es uns gelungen ist, das Al-Kaida-Netz zu zerschlagen und einheimische Mitarbeiter dieses Netzes zu verhaften.“ Die USA wüssten sehr wohl, dass Iran ganz andere Auffassungen vertrete als Al-Kaida und dass „wir niemals mit dieser Gruppe zusammenarbeiten würden, auch nicht um unseren gemeinsamen Feind, die USA, zu bekämpfen.“

Rohani: „Iran ist nicht Irak“

Hasan Rohani, Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats Irans und Verhandlungsführer in Angelegenheiten des iranischen Atomprogramms, sagte in einem Interview mit der Tageszeitung „AL Hajat“, die USA sollten wissen, dass sie im Falle eines Angriffs gegen Iran auf den Widerstand von siebzig Millionen Menschen stoßen würden. „Hoffentlich wird Amerika aus seinem Abenteuer im Irak die richtigen Lehren gezogen und die Erkenntnis gewonnen haben, dass es doch nicht die Rolle des Führers der Welt spielen kann. Und ich hoffe, es wird kein weiteres Abenteuer veranstalten.“ Die USA seien sich darüber klar, dass in Iran ganz andere Bedingungen herrschen als im Irak. Im Irak gab es eine Diktatur, die am eigenen Volk vorbei regierte. In Iran werde die Regierung vom Volk getragen.

Rohani fuhr fort: „Iran ist nicht Irak, niemand kann die beiden Länder miteinander vergleichen. Irak hat Massenvernichtungswaffen gegen seine Nachbarn und gegen das eigene Volk eingesetzt. Es hat den Nachbarstaat Kuwait überfallen und internationale Institutionen an der Nase herumgeführt.“ Demgegenüber habe Iran sich nie abenteuerlich verhalten und habe nie Massenvernichtungswaffen zu erlangen versucht. Es gäbe keinen Grund dafür, dass über das iranische Atompro-

gramm weiterhin gestritten und der UN-Sicherheitsrat eingeschaltet werde.

Rohani äußerte die Hoffnung, dass die Akte Iran in der Sitzung der Internationalen Atombehörde (IAEA) im September geschlossen werde. Dies werde der Fall sein, wenn die Atombehörde standhaft bliebe und die USA keinen Einfluss ausüben würden. Iran sei jederzeit bereit, die Zusammenarbeit mit der IAEA fortzusetzen. Selbstverständlich werde Iran sein Programm zur friedlichen Nutzung der Atomenergie fortsetzen und weiterentwickeln. Es sei das verbriefte Recht eines jeden Staates, moderne Technologien zum Wohl des eigenen Volkes einzusetzen.

Verhandlungen mit EU-Staaten gescheitert

Die Verhandlungen zwischen Iran und den drei großen EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien Ende Juli in Paris, über deren Inhalt Stillschweigen gewahrt wird, sind offenbar gescheitert. Irans Außenminister Kamal Charrasi erklärte nach der Rückkehr der iranischen Delegation in Teheran, die Europäer hätten sich nicht an ihre Zusagen aus dem Abkommen im vergangenen Oktober gehalten. „Daher fühlen wir uns nicht verpflichtet, uns an unsere zu halten.“

Das Teheraner Abkommen sah vor, dass Iran die Anreicherung von Uran vorübergehend aussetzt, die Wiederaufarbeitung von Brennstäben einstellt, das Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag, das der internationalen Atombehörde (IAEA) unangemeldete Inspektionen und freien Zugang zu sämtlichen Anlagen und Einrichtungen erlaubt, unterzeichnet und sein Atomprogramm vollständig offen legt. Im Gegenzug erkannten die drei EU-Staaten das Recht Irans auf eine friedliche Nutzung der Atomenergie an und verpflichteten sich, dem Land die dazu erforderliche Technologie zu vermitteln. Die Vereinbarung wurde im Februar um einen Zusatz erweitert: Iran erklärte sich bereit, auf die Produktion von Zentrifugenteilen zu verzichten. Das in Zentrifugen angereicherte Uran kann zum Bau von Atomwaffen verwendet werden. Diese Vereinbarung hat Iran nun verworfen.

„Wir haben mit der Herstellung von Zentrifugen-Teilen begonnen“, sagte Charrasi. Iran werde auch den Plan, eigenen Brennstoff für Nuklearanlagen



bereitzustellen, umsetzen. Die friedliche Nutzung von Atomenergie sei das „legitime und natürliche Recht“ eines jeden souveränen Staates. Das Programm der Urananreicherung sei allerdings noch nicht wieder aufgenommen worden, fügte der Minister hinzu.

Schon im Vorfeld des Treffens in Paris zeigte sich Deutschlands Außenminister Joschka Fischer besorgt über das iranische Atomprogramm. In einem Interview mit dem Fernsehsender ntv sagte der Minister: „Ich hoffe, dass Teheran begreift, dass es einer Fehlkalkulation unterliegt. Ich mache mir da angesichts der jüngsten Nachrichten (der IAEA) doch erhebliche Sorgen.“ Es handele sich um eine höchst sensible Frage. Irans Regierung müsse begreifen, dass es im Interesse ihres Landes und der Sicherheit in der Region sei, „durch die Tür zu gehen, die wir geöffnet haben.“

Iran plant mehrere Atomanlagen. Der 1000-Megawatt-Leichtwasserreaktor in Buschir, der zunächst von Siemens und später mit Hilfe Russlands gebaut wurde, steht kurz vor Inbetriebnahme. Eine Anlage zur Urananreicherung in Natans, eine zur Produktion von schwerem Wasser in Arak und eine zur Produktion von Brennstäben in Isfahan befinden sich noch im Bau. Geplant sind weitere 1000-MW-Reaktoren in Buschir und Ahvaz.

Auch wenn Iran immer wieder seine friedlichen Absichten beteuert - Israel und die USA sind davon überzeugt, dass Iran den Bau von Nuklearwaffen plant. Israels Militärgeschäftschef, General Aharon Seevi Farksh, sagte im israelischen Fernsehen, „Iran hat nicht die Absicht, sein Atomprogramm zu beenden. Und wenn es ihm gelingt, es bis Frühjahr 2005 fortzusetzen, wird es in den darauf folgenden zwei Jahren die Atombombe besitzen.“ Dies sei nicht nur für Israel, sondern für die ganze Welt beunruhigend. Nach Berichten der internationalen Presse haben Israels Geheimdienst und Armee der Regierung bereits Pläne zur Bombardierung iranischer Atomanlagen vorgelegt.

Während die Europäer in Paris mit Vertretern Irans verhandelten, erklärte US-Außenminister Colin Powell, der sich in Kuwait aufhielt, „wir sind der Überzeugung, dass Iran an dem Bau von Atomwaffen arbeitet. Die Welt wird sich an unsere Warnung erinnern.“ Der

Minister wiederholte die seit langem erhobene Forderung Washingtons, den Fall Iran an den UNO-Sicherheitsrat weiterzuleiten. Es könnte durchaus sein, dass nach dem Scheitern der Verhandlungen in Paris die EU Staaten, die bislang den Konflikt auf diplomatischem Weg beizulegen versucht haben, sich dem harten Kurs der USA anschließen.

Mögliche Zusammenarbeit Irans und Nordkoreas beim Bau von Raketen

Die in Japan erscheinende Tageszeitung „Asahi Shimbun“ zitiert einen namentlich nicht genannten US-Vertreter, nach dessen Angaben Iran und Nordkorea gemeinsam Raketen entwickeln sollen. Iran habe Daten zu Raketentests an Nordkorea weitergegeben, heißt es in dem Bericht. „Es gibt starke Beweise, die darauf hindeuten, dass Iran und Nordkorea bei der Entwicklung von Raketen systemen kooperieren“, sagte der US-Vertreter vor der Presse. Nordkorea hatte zur Überraschung internationaler Beobachter 1988 eine Taepodong-Rakete gestartet, die über Japan hinweg flog, bevor sie ins Meer stürzte.

Iraks Verteidigungsminister bezeichnet Iran als „Hauptfeind“

Im Gegensatz zum irakischen Regierungsrat, der eine enge Beziehung zum iranischen Nachbarland pflegte, verhält sich die Übergangsregierung gegen Iran zunehmend kritisch. Iraks neuer Außenminister warf Iran vor, das Land sei nicht bereit seine Grenzen ausreichend zu kontrollieren, so dass Terroristen leicht in den Irak einreisen könnten. Irans Vizepräsident Abtahi wies den Vorwurf zurück. Iran arbeite mit der irakischen Regierung zusammen und werde alle Bemühungen zur Herstellung von Frieden in dem Nachbarstaat unterstützen, sagte er. Er begrüßte die Absicht des irakischen Ministerpräsidenten, Iran zu besuchen. „Wir haben ausreichend Themen, über die wir mit dem Ministerpräsidenten sprechen werden. Dabei stehen Sicherheitsfragen und die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet an erster Stelle“.

Wenige Tage später stimmte Iraks Verteidigungsminister Hasem Tschaalan in einem Interview mit der „Washington Post“ weit schärfere Töne an. Er sagte, Iran sei nach wie vor der „Hauptfeind des Irak“. Das Land „mischt sich



ein, um die Demokratie zu töten". Teheran unterstütze den Terrorismus und schleuse „Feinde in den Irak ein“. Der Verteidigungsminister warf Iran vor, irakische Grenzposten zu kontrollieren sowie Spione und Saboteure ins Nachbarland zu entsenden. Auch die irakische Übergangsregierung und selbst sein eigenes Ministerium seien von Iran „infiltriert“, sagte Tschaalan.

Der Minister berichtete, dass sich mehrere Kämpfer, die an der Seite der Taliban in Afghanistan aktiv gewesen seien, jetzt in irakischer Haft befinden. Sie hätten angegeben, „Hilfe von den iranischen Sicherheitskräften“ bekommen zu haben. Im April sei zum Beispiel ein Sudanese festgenommen worden, der Kontakt zum iranischen Geheimdienst gehabt habe. Bei ihm sei ein „sehr starkes Gift“ gefunden worden, mit dem er das Trinkwasser von Diwanijah, südlich von Bagdad, habe vergiften wollen. Zwei weitere Verdächtige mit Kontakten zum iranischen Geheimdienst seien im Nordosten Iraks verhaftet worden.

Der iranische Außenamtssprecher Hamid Reza Assefi nahm zu den Vorwürfen Stellung. Die irakischen Regierungsmitglieder seien noch Anfänger, sie müssten „erst einmal Erfahrungen sammeln, um klüger handeln zu können“. Sie sollten „voreilige Äußerungen unterlassen, die ihnen bei der Lösung ihrer Probleme nicht helfen können.“ Zu den konkreten Vorwürfen äußerte sich Assefi nicht.

Gefechte an der iranisch-türkischen Grenze

Wie die Nachrichtenagentur „Mehr“ meldete, sind bei bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen iranischen Soldaten und PKK-Anhängern an der türkisch-iranischen Grenze sechzehn iranische Soldaten und vier PKK-Anhänger getötet worden. Türkische Sicherheitskräfte haben die Meldung bestätigt. Die Deutsche Presseagentur sprach von Angriffen der iranischen Armee und Sicherheitskräfte gegen kurdische Rebellen, die sich in den Städten Salmas und Choy, nahe der iranischen Grenze aufhalten. Iran hat die Befürchtung, dass die kurdischen Separatisten sich mit iranischen Kurden zum Kampf um ein freies Gesamtkurdistan verbünden.

Irans Verteidigungsminister droht mit Vergeltung

Der iranische Verteidigungsminister, Ali Schamchani, drohte mit militärischer Vergeltung, falls atomare Einrichtungen Irans angegriffen werden würden. Zudem würde Iran alle Verträge mit der Internationalen Atombehörde (IAEA) kündigen. Die IAEA sei über das iranische Atomprogramm detailliert informiert, sagte Schamchani. Die USA und andere Staaten sollten wissen, dass Iran auf jeden Angriff mit dem gesamten Potenzial seiner militärischen Kraft reagieren werde.

Anlass für die schroffe Reaktion des Verteidigungsministers lieferten die verbalen Drohungen aus Israel. Zuletzt die des israelischen Militärgeschäftchefs General Aharon Seevi Farkasch, die wir weiter oben zitiert haben.

Farkaschs Äußerungen waren offensichtlich auch an den Generaldirektor der Internationalen Atombehörde (IAEA), Mohammad el Baradei, gerichtet, der sich zu der Zeit in Israel aufhielt. Ziel der Reise el Baradeis war nach eigenen Angaben, für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten zu werben. Nach einem Treffen mit dem Vorsitzenden der israelischen Atomenergiekommission, Gideon Frank, sagte el Baradei, Israels Nachbarn seien über das militärische Ungleichgewicht in der Region besorgt. Doch Israel wolle dieses Thema erst nach einem umfassenden Frieden im Nahen Osten diskutieren. Nach Meinung von Experten verfügt das Land seit Jahren über 200 nukleare Sprengköpfe. Doch es hat bislang den Besitz von Atomwaffen weder bestätigt noch dementiert.

Teheran hat die Vorwürfe Israels entschieden zurückgewiesen. Außenamtssprecher Hamid Reza Assefi sagte der Studentischen Nachrichtenagentur ISNA gegenüber, Israel beabsichtige mit den Vorwürfen, „die eigenen Atomwaffen zu verstecken und seinen Widerstand gegen internationale Verpflichtungen zu rechtfertigen“.

Kriegsbootstreit zwischen Iran und Großbritannien noch nicht beigelegt

Die acht britische Marinesoldaten, die nach Angaben Teherans wegen Verletzung von iranischen Hoheitsgewässern mehrere Tage in Iran gefangen gehalten wur-



den (s. IR 7-04), gaben nach ihrer Freilassung an, mit Gewalt auf iranisches Territorium gezwungen worden zu sein. Der britische Verteidigungsminister Geoff Hoon schrieb in einer Stellungnahme, die Soldaten hätten nach einer Befragung ausgesagt, „sie seien innerhalb der irakischen Grenze im Einsatz gewesen und gewaltsam in iranische Hoheitsgewässer eskortiert worden“.

Diese Darstellung wurde von Teheran zurückgewiesen. Ein Sprecher des iranischen Außenministeriums wies auf ein gemeinsames iranisch-britisches Protokoll hin, aus dem klar hervorgehe, dass die Briten sich bei ihrer Festnahme in iranischen Gewässern befunden hätten. Die Briten hätten sich dafür bereits entschuldigt. Die Soldaten hätten zugegeben, dass sie durch einen Navigationsfehler versehentlich in iranische Gewässer in der Grenzregion zum Irak geraten seien.

Hoon beanstandete auch die Behandlung der Briten durch iranische Behörden und kritisierte, dass die Soldaten mit verbundenen Augen im Fernsehen gezeigt worden waren. Dagegen habe Großbritannien bei den zuständigen iranischen Stellen Protest eingelegt.

Zudem habe Iran bislang weder die drei aufgebrachten Patrouillenboote, noch die an Bord befindlichen Waffen, Munition und technische Ausrüstung zurückgegeben. Dazu gehöre auch ein Satelliten gestütztes Ortungssystem (GPS). Mit Hilfe der GPS-Informationen könne nachträglich geprüft werden, wo sich die Boote tatsächlich befunden hätten, als sie von Iranern aufgebracht worden seien, schrieb Hoon. Eines der Boote solle den irakischen Behörden übergeben werden.

Volksmodjahedin unter besonderem Schutz der USA

Die USA haben den rund 3800 im Lager Aschraf (115 Kilometer nordöstlich von Bagdad) internierten Mitgliedern der Volksmodjahedin „einen besonderen Schutzstatus“ verliehen. Dies teilte der Stellvertreter des US-Außenamtssprechers, Adam Ereli, in Washington mit.

Die iranischen Volksmodjahedin, die mit militärischer und finanzieller Hilfe des irakischen Regimes im Irak militärische Stützpunkte errichtet

hatten, um von dort aus einen bewaffneten Kampf gegen die Islamische Republik zu führen, gerieten nach dem Sturz Saddam Husseins und der Besetzung Iraks in eine prekäre Situation. Nach der Besetzung Iraks plädierten irakische Gruppen, insbesondere die Kurden, für eine Ausweisung der Volksmodjahedin, die auch bei der Niederschlagung von oppositionellen Gruppen im Irak mitgewirkt hatten. Darüber hinaus hatten die Volksmodjahedin zahlreiche Terroranschläge in Iran durchgeführt. Sowohl die EU als auch die USA haben die Volksmodjahedin als „terroristische Organisation“ eingestuft. Nach dem Sturz von Saddam Hussein wurden im April 2003 mehrere tausend Gruppenmitglieder von der US-Armee entwaffnet.

Ereli sagte, die Volksmodjahedin würden weiterhin als terroristische Gruppe angesehen. Da sie jedoch während des Irakkrieges nicht gegen die Koalitionsgruppen gekämpft hätten, würden sie, gemäß der Genfer Konvention als „nicht kämpfend“ eingestuft und einen besonderen Status erhalten. Jedes Mitglied der Gruppe werde darauf überprüft, ob er in „terroristische“ Vorfälle verwickelt sei, und gegebenenfalls nach geltenden Gesetzen behandelt.

Teheran protestierte gegen die Entscheidung. Ein Sprecher des Außenministeriums sagte, dies zeige, wie ernst es die USA mit dem Kampf gegen den Terrorismus meinen. Es sei absurd, dass Washington einerseits erkläre, gegen den Terrorismus kämpfen zu wollen, andererseits aber einer international anerkannten Terroristengruppe besonderen Schutz gewähre.

Erster persischsprachiger Fernsehsender in Deutschland

Die Landesmedienanstalten in Deutschland haben für den persischsprachigen Fernsehsender „Mohadjer TV“ grünes Licht gegeben. Mohadjer bedeutet Einwanderer oder Zugvogel. Wie die Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten in Kassel mitteilte, sollen die Sendungen über Satellit ausgestrahlt werden. Inhaltlich sollen die Programme aus kulturellen Berichten, Filmen und Musik bestehen. Ausgeschlossen seien Sendungen mit religiösem und ideologischem Inhalt. Der Sitz des Senders befindet sich in Hermeskeil (Rheinland-Pfalz)

Wie die Inhaber des Senders mitteilten, arbeiteten bereits zwei Teams an der Erstellung erster kultureller Programme. Darüber hinaus würden mit persischen Sängern, Musikern und Schriftsteller Verhandlungen über Auftritte in den Sendungen geführt. Der Sender soll zunächst aus eigenen Mitteln finanziert werden. Später soll er sich durch Werbeeinnahmen tragen.